

Erzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzuwenden.
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Druckzeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

NO

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auf zur Maiseier!

Arbeiter, Angestellte!

Der wirtschaftliche Druck lastet in diesem Jahre schwerer denn je auf den gesamten Arbeitnehmern. Die Arbeitslosigkeit breitet sich als Begleiterscheinung allgemein die Unsicherheit der Existenz mit sich. Der 1. Mai fällt in diesem Jahre in eine außerordentlich trübe Zeit. Aus diesem Grunde mahnt der Ruf:

„Demonstriert am 1. Mai!“

auf fruchtbaren Boden fallen. In den Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zeigt es sich besonders, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um die Arbeitszeit zu verlängern, und die Anzulänglichkeit unserer Sozialpolitik tritt in diesen Zeiten mehr denn je in die Erscheinung.

Gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialpolitik,

das sind die Forderungen, für die wir am 1. Mai Jahr für Jahr unsere Stimmen erheben. Die überaus große Arbeitslosigkeit und

Gewerkschaftsmitglieder!

Macht die Maiseier auch in diesem Jahre zu einer machtvollen Kundgebung für unsere Forderungen, für die an diesem Tage die Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt eintreten. Tretet insbesondere auch ein für die Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Malvys Rücktritt.

Wegen der Feindschaft der Rechten.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Demission des französischen Innenministers Malvo, die am Donnerstag noch in später Abendstunde amtlich bekannt wurde, ist nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, aus Gesundheitsrückichten, sondern aus politischen Gründen erfolgt. Ein für heute vorläufig einberufener Kabinettsrat wird von dem Rücktritt des Innenministers offiziell Kenntnis nehmen und erst dann wird das Rücktrittsgesuch Malvos veröffentlicht werden. Schon jetzt aber glaubt man zu wissen, daß Malvo in diesem Schreiben darauf hinweist, daß seine Anwesenheit im Kabinett angesichts der Feindschaft, die ein Teil der Rechten ihm entgegenbringt, nur dazu geeignet sei, die Position der Regierung zu schwächen und ihr eine Vielzahl Stimmen zu entziehen. In den Malvo nachstehenden Kreisen glaubt man übrigens, daß sein Belasch nicht zuletzt durch den Wunsch diktiert sei, seine politische Handlungsfreiheit wieder zu gewinnen und den gegen ihn gerichteten Angriffen der Rechten ungehindert durch sein Amt entgegenzutreten zu können. Der „Quotidien“ gibt der Meinung Ausdruck, daß der Rücktritt Malvos, der der Politik des Kartells der Binten treu bleiben wolle, als Mißbilligung gewisser politischer Tendenzen des gegenwärtigen Kabinetts aufzufassen sei. Die Frage der Nachfolgerschaft Malvos wird von dem für heute einberufenen Kabinettsrat entschieden werden. In den parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Wahl Brandaus auf den derzeitigen Landwirtschaftsminister Durand fallen werde, der ebenso wie Malvo Mitglied der Radikalsozialen Partei ist.

Amendola doch ermordet.

Das Ende einer Lüge.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Der in Comnes verstorbene Führer der italienischen Opposition Amendola soll angeblich vor seinem Tode gebeten haben, sein Ende nicht als die Folge faschistischer Mißhandlungen darzustellen. Der „Quotidien“ beweist die Falschheit dieser Behauptung durch die Wiedergabe eines Berichts der behandelnden Ärzte, die Amendola am 22. Februar in Paris unterzucht haben. In diesem Bericht wird die innere Verletzung der Lunge durch eine „Waffe geringen Kalibers“ erklärt, entstanden durch die im Juli 1925 erfolgten Gewaltaufstände.

(Die Agentur Havas hatte sich vor einigen Tagen dazu geäußert, eine von uns folgende als äußerst unwahrscheinlich bezeichnete Meldung von verbreiten, nach der Amendola in seinem letzten Willen erklärt haben sollte, er wüßte nicht, daß man seinen Tod „politisch ausnütze“, d. h. man solle verhandeln, daß er sein Ende an den Folgen der faschistischen Verletzungen gefunden habe. Das vom „Quotidien“ veröffentlichte ärztliche Protokoll bereitet der Tendenzlüge ein klägliches Grab. Die Red.)

Auf der Suche nach den „Schuldigen“.

Der Sozialismus als Inspirator des Mussolini-Attentats.

Rom, 9. April. (WZB.) Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht nach wie vor das mißlungene Attentat auf Mussolini. „Tribuna“ meldet, daß Mih Gibson häufig in den Arbeiterparolen von Rom weilte, Almosen anbot und die Kräfte sozialistischer Elemente anhäufte, was sie mit sich gegen Mussolini erlief zu haben scheint. „Giornale d'Italia“ berichtet, daß Mih Gibson bei ihrer Vernehmung erklärt habe, keine Kommunistin zu sein, aber viel Sympathie für den Bolschewismus zu haben. „Impero“ stellt die Hypothese auf, daß Mih Gibson religiösen Wahnsinn durchlief, um sich immunitätlich auf ihre Tat vorzubereiten, und daß ihr angeblicher Selbstmordversuch

die damit verbundene Not und das Elend zwingen uns dazu, diese Forderungen mit noch größerem Nachdruck als sonst zu stellen.

Für den Weltfrieden, gegen Militarismus und Krieg

haben wir in jedem Jahre unsere Kundgebung veranstaltet. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben uns gezeigt, daß die Gefahren auf diesem Gebiet noch immer vorhanden sind. Noch läßt die Verständigung der Völker auf sich warten. Noch immer stehen sich die einzelnen Völker bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.

Demonstriert am 1. Mai für den Völkerfrieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,

die beide endlich kommen müssen.

Die Art der örtlichen Demonstration kann von zentraler Stelle aus nicht vorgeschrieben werden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortskartelle des AFK-Bundes müssen mit den Ortsverwaltungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und wichtigsten Form suchen. Ob die Arbeitsruhe möglich ist, muß dabei besonders eingehend geprüft werden.

im Februar vorigen Jahres nur ein Unfall bei der Einübung mit der Waffe gemessen sei, oder, daß sie wirklich geisteskrank sei und sich jemand ihrer bedient habe, um das Attentat durch sie ausführen zu lassen.

Bei der Durchsuchung der Wohnung der Mih Gibson wurden außer vielen religiösen Gegenständen mehrere faschistische Blätter gefunden, in denen die Angaben über die tägliche Arbeit und den Aufenthalt Mussolinis, seine Teilnahme an Versammlungen usw. mit Bleistift angezeichnet waren.

Sohn Whbourne, die Schwägerin der Mih Gibson, richtete aus Compegne ein Telegramm an Mussolini, in dem sie ihren tiefen Abscheu über das Attentat und die besten Wünsche für die Erhaltung des Lebens Mussolinis zum Ausdruck bringt.

Der Arzt widerlegt alle politischen Mutmaßungen.

Rom, 9. April. (WZB.) Der Arzt des Sanatoriums, in welchem Violet Gibson nach ihrem Selbstmordversuch 1925 zwei Monate in Behandlung blieb, erklärte den Zeitungen, seine Patientin hätte niemals mit ihm über politische Fragen gesprochen, sie hätte aber mehrmals behauptet, einer revolutionären Familie zu entstammen. Violet Gibson habe oft den Armen und besonders den Frauen, sie verwendet dazu die ziemlich bedeutenden Beträge, die ihr in einer hiesigen Bank zur Verfügung standen.

Im Vorhof, wo sie letzten Dezember wohnte, machte sie den Eindruck einer sehr nervösen Religionswahrnehmungen. Vor drei Wochen teilte sie dem Hotelpersonal den Tod ihrer Mutter in einer Weise mit, daß man den Eindruck hatte, sie hätte jedes menschliche Gefühl verloren. Sie litt oft unter Halluzinationen, ging wie unter Hypnose mit festem Körper und erhobenem Gesicht, ihre Augen blickten starr in die Leere, ihre Arme hingen wie leblos herunter, sie war völlig gestafosabwesend, grüßte nicht und erwiderte keinen Gruß.

Die die Zeitungen berichten, hat der maximalistische Abgeordnete Cassinelli, der von Amts wegen zu ihrem Verteidiger ernannt wurde, den ihm erteilten Auftrag angenommen.

Tschitscherin schlägt den Takt.

Die Moskauer Internationale macht die Musik.

Tschitscherin hat am Ostermontag eine Rede über die russische Außenpolitik gehalten. Der Wille, die Abrüstungskonferenz zu sabotieren und ständig eine Drohung für Europa zu bleiben, wurde hinter Angriffen auf den Völkerbund und den Vertrag von Locarno verborgen.

Am Tage darauf fehte die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Rede Tschitscherins in revolutionäre Feiertagsparolen für kommunistische Arbeiter um. Was Tschitscherin will, lautet in der Sprache dieses Exekutivauftrags:

Bruch mit dem Völkerbund, Kampf gegen den Völkerbund, nieder mit dem Völkerbund!

Daraus hervorgeht, daß erstens die Exekutive der Moskauer Internationale ein Propagandainstrument der russischen Außenpolitik ist. Wenn Tschitscherin ruft: Halte den Dieb!, stellt die Exekutive die Dedung. Zweitens, daß die russische Außenpolitik und die Kommunistische Internationale bewußt das Spiel der Nationalisten und Imperialisten spielen, um die europäischen Völker in der Verbergung zu halten.

Indessen hat die Geschichte ihre eigene Logik. Während die Russen laut schreien: Kampf gegen den Völkerbund!, geht die Geschichte ihren Gang, und sie wird die Russen mitschleifen, bis sie im Völkerbund sind. So hat die Demokratie in Deutschland die Kommunisten erfasst und zu demokratischer Praxis mitgerissen, obgleich sie noch laut die Ideologie der Diktatur verteidigen.

Front gegen Arbeiterrechte.

Von Eugenber bis Moße.

In den Nachkriegsjahren hat sich auch der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe dazu bequemen müssen, einen Angestellten-tarifvertrag mit dem Zentralverband der Angestellten abzuschließen. Aber gerade der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe suchte anscheinend seine Ehre darin, bei der durch die Inflation hervorgerufenen Veränderung der Machtposition an reaktionärer Gesinnung und Tat ein Vorbild zu geben. Das Inflationsjahr 1923 mit seiner Schwächung der gewerkschaftlichen Positionen schien ihm dazu geeignet, mit dem Aufbau der Rechte der Angestellten zu beginnen. Der Anfang wurde damit gemacht, daß alle maßgebenden Berliner Zeitungsbetriebe, d. h. also nicht nur der aus Prinzip reaktionäre Scherl-Verlag, sondern auch die demokratischen Zeitungverlage Moße und Ulstein einheitlich versuchten, die Angestellten zunächst um ihre Rechte aus dem Betriebsträtegesetz zu bringen. Zu diesem Zweck wurden keine pekuniären Mittel gespart, um die Angestelltenräte einfach auszulauen!

Ueber die Art dieser Beseitigung der Angestellten-einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 27. Januar dieses Jahres ganz offen. Er bestritt, daß es sich dabei um Anwendung ungesetzlicher wirtschaftlicher Druckmittel gehandelt habe. Er (Dr. Köstner) habe z. B. die für seinen Betrieb in Frage kommenden Angestelltenratsmitglieder zu sich kommen lassen und ihnen eröffnet, das Geschäft habe ein Interesse daran, daß sie nicht länger bei der Firma tätig seien. Und dann habe man die Sache so behandelt, als ob man z. B. einen Sad Rosinen laufe. Die Angestellten hätten gefordert und er habe geboten. Er könne ja schließlich nichts dafür, wenn einige Angestellte den „Wunsch“ hätten, sich ein kleines Zigarrengeschäft zu kaufen. Und so sei man sich noch einigen Hin und Her auch einig geworden.

Das ist eine geradezu zynische Art, wie die aus Verfassung und Gesetz sich ergebenden Angestelltenrechte beseitigt werden. Nachdem zunächst mit diesen Methoden die bestehenden gesetzlichen Angestelltenvertretungen beseitigt waren, sorgten die Zeitungsvorlage dann auch dafür, daß keine Neuwahl erfolgen konnte. Der Arbeitsmarkt für Angestellte verschlechterte sich ja schon damals von Tag zu Tag. Die Listenvorleiter der jeweilig aufgestellten Angestelltenratsvorschlagsliste wurden sofort gekündigt und die Angestellten unter einen so starken wirtschaftlichen Druck gesetzt, daß sie nicht mehr dazu zu bewegen waren, ihre verfassungsmäßig verbrieften Rechte wahrzunehmen.

Um die gleiche Zeit begann dann auch der Feldzug gegen den Angestellten-tarifvertrag. Der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe stellte sich auf den Standpunkt, die Angestelltenorganisationen seien überhaupt nicht mehr legitimiert, Tarifverhandlungen zu verlangen. Das Arbeitsverhältnis sei auf dem Wege des „Einzeltarifes“ zur „Zufriedenheit“ aller Beteiligten geregelt. Es bestünde überhaupt kein Verlangen nach dem Abschluß eines Tarifvertrages bei den Angestellten im Zeitungsgewerbe.

Zur gleichen Zeit aber sorgten die Zeitungsbetriebe dafür, daß jede Agitation in den Betrieben um Sicherung und Ausbau des Tarifvertrages für die Angestellten unmöglich gemacht wurde, indem jeder Angestellte, der in dieser Beziehung seiner Meinung Ausdruck gab, aus dem Betriebe entfernt wurde. Auf jeden Fall weigerte sich seit Ende 1923 der Arbeitgeberverband im Zeitungsgewerbe überhaupt, in freien Verhandlungen die Tariffragen zu besprechen, und seit diesem Zeitpunkt konnten der bestehende Mantel-tarifvertrag und Gehaltsvereinbarungen nur auf dem Wege der Verbindlichkeitsklärung ergangener Schiedssprüche in Kraft gesetzt werden. Denn bis zum Februar 1926 konnten auch die Schlichtungsinstanzen sich nicht der Einsicht verschließen, daß gerade im Berliner Zeitungsgewerbe die Voraussetzungen zur Herbeiführung von Zwangstarifverträgen gegeben seien.

Aber der Arbeitgeberverband des Berliner Zeitungsgewerbes wurde nicht müde, seinen Kampf gegen die Angestellten weiter zu führen. Da er zunächst bei den Schlichtungsinstanzen kein williges Ohr fand, bemühte er sich, unter Benützung der ordentlichen Gerichte den Angestellten-tarifvertrag zu beseitigen. Als daher ein bis zum 30. September 1925 laufender Mantel-tarifvertrag einschließlich eines Gehaltsabkommens wieder für verbindlich erklärt werden mußte, reichte der Arbeitgeberverband gegen diese Verbindlichkeitsklärung eine Feststellungs-klage beim Landgericht ein mit dem Antrage, festzustellen, daß einmal die Verbindlichkeitsklärung zu Unrecht erfolgt sei, und daß zweitens die am Tarifvertrag beteiligten Angestellten-Organisationen, also in erster Linie der Zentralverband der Angestellten, nicht legitimiert seien, für die Angestellten im Zeitungsgewerbe einen Tarifvertrag abzuschließen. Die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechte sollten für die Angestellten der Berliner Zeitungsbetriebe also nicht bestehen. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes führte vor dem Landgericht aus, diese gesetzlichen Bestimmungen wären ergangen zu einer Zeit, in der die politischen und gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse andere waren als heute! Daher müsse das Gericht den heutigen veränderten Machtverhältnissen Rechnung tragen und

den Arbeitgeberverband mit seinen Bemühungen unterstützen. Das Landgericht hat damals die Feststellungslage in allen Punkten zurückgewiesen.

Mittlerweile waren am 30. September 1925 der bestehende Manteltarif und das Gehaltsabkommen abgelaufen. Aber der demokratische Zeitungsvorlag Woffe hatte schon vorher trotz der bestehenden tarifvertraglichen Bestimmungen — allerdings vergeblich — versucht, in einigen Abteilungen den Angestellten nur 50 Proz. des tariflich vereinbarten Ur- laubs zu gewähren.

Nach dem Ablauf der Tarifverträge bemühte sich der Zentralverband der Angestellten wiederum, die Mindestbedingungen für das Arbeitsverhältnis der Angestellten zu sichern. Der Arbeitgeberverband war zu freien Verhandlungen wieder nicht bereit, so daß die amtlichen Schlichtungsinstanzen aufs neue in Anspruch genommen werden mußten. Die Syndici des Arbeitgeberverbandes ließen kein Mittel unversucht, die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß entweder ganz unmöglich zu machen oder zum mindesten zu verschleppen. Es wurde zunächst von ihnen behauptet, der Vorsitzende des Berliner Schlichtungsausschusses sei befangen. Der entsprechende Entschluß des Oberpräsidenten ließ volle 6 Wochen auf sich warten. Er erkannte den Einwand der Befangenheit nicht an, erklärte aber für geboten, einen anderen Vorsitzenden für diese Angelegenheit zu bestimmen.

Als die neuen Verhandlungen dann endlich stattfinden konnten, wurden die Sabotageversuche fortgesetzt, auch die Beisitzer abgelehnt und moralische Einwirkungen auf die Arbeitgeber-Beisitzer unternommen. Aber endlich kam es doch zur Fällung zweier Schiedsprüche. Der erste setzte den bis zum 30. September 1925 geltenden Manteltarifvertrag mit einigen Verschlechterungen mit Wirkung ab 1. Februar 1926 wieder in Kraft, und der zweite Schiedspruch sah vor, daß die zuletzt festgesetzten Gehälter mit einer 4prozentigen Erhöhung ebenfalls ab 1. Februar 1926 wieder Geltung haben sollten.

Abermals mußte die Verbindlichkeitserklärung dieser Schiedsprüche beantragt werden. Und nun stellte es sich heraus, daß der jahrelange Kampf der Zeitungsverlage gegen die Angestellten nicht ohne Erfolg geblieben war. Der Schlichter von Groß-Berlin lehnte nämlich die Verbindlichkeitserklärung ab! Ein Satz aus der Begründung der Ablehnung mag hier auch angeführt werden: „Da auch, wenn der staatliche Zwang im vorliegenden Fall nicht eingesetzt wird, Gefahren für die Allgemeinheit nicht zu befürchten sind, war die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 21. Januar 1926 abzulehnen.“

Die Hauptaufgabe des amtlichen Schlichtungswesens liegt darin, Hilfe bei Tarifabschlüssen zu leisten. Wenn die gewerkschaftliche Machtposition stark genug ist, um einen Tarifabschluß zu erzwingen, fällt somit die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der amtlichen Schlichtungsinstanzen fort. Nach der Begründung hat aber das heutige Schlichtungswesen nur den Zweck, Kämpfe zu verhindern, wenn die Gewerkschaften in der Lage sind, von sich aus den Arbeitgeberwillen zu brechen. Auf der anderen Seite wird den Arbeitnehmern gesagt, solange ihr noch nicht stark genug seid, mit eigener organisatorischer Kraft euch zu helfen, kann das amtliche Schlichtungswesen euch auch nicht helfen!

Somit besteht gegenwärtig im Berliner Zeitungsgewerbe ein tarifloser Zustand. Die Angestellten werden den Praktiken der Unternehmer und ihrer Syndici ausgeliefert. Aber vielleicht ist es ganz gut, daß durch die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung den Angestellten die Illusion zerstört wird, als ob sie von den amtlichen Schlichtungsinstanzen heute noch irgendwelche Berücksichtigung ihrer sozialen Notlage erwarten könnten. Es wird ihnen von Amts wegen die Erkenntnis eingebläut, daß sie Hilfe auch vom Staat nur erwarten dürfen, wenn sie sich selbst helfen, das heißt, ihre Gewerkschaft stärken.

Eine notwendige Reform.

Die veraltete Ehescheidungsgegebung.

Seit Jahren verlangt die Sozialdemokratische Partei eine Reform des Ehescheidungsrechts, da die bisherigen Gesetze nicht nur vollkommen veraltet sind, sondern auch in der Mehrzahl der Fälle die auf Scheidung Klagenden zu einer unmoralischen Haltung zwingen. Der Hauptmangel der jetzigen Ehescheidungsgegebung liegt in der Bestimmung, daß eine Scheidung rechtlich nur dann möglich ist, wenn eine der beteiligten Parteien für schuldig befunden wird. Eine Änderung des Ehescheidungsrechts scheiterte bisher an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, die ihren Standpunkt in einer gänzlichen Verkenntung der Tatsachen hauptsächlich mit moralischen Motiven begründeten.

Auf die Dauer allerdings können auch sie sich den sozialdemokratischen Gegengründen nicht verschließen und schon seit einiger Zeit ist der Widerstand vor allem der Volkspartei schwächer geworden. Die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Wende zieht jetzt in einem vom Pressedienst der Volkspartei verbreiteten Artikel die Konsequenzen. Sie schließt sich der sozialdemokratischen Forderung nach einer Reform der Ehescheidungsgegebung an. Der Schulparagraph müßte fallen. Die Feststellung der objektiven Ehezerüttung müsse zur Scheidung genügen, d. h. die Scheidung muß auch dann ermöglicht werden, wenn die Schuld eines der beiden Teile nicht festgestellt wird. Weiter müsse das Scheidungsverfahren erheblich beschleunigt werden, um die sinnlose Dual jahrelanger Ehescheidungsprozesse zu verhindern:

„Um der vielen Unglücklichen willen, die unter dem jetzigen Zustand und seiner Unvollkommenheit und Härte schwer leiden, bringen wir auf die Einführung dieser bescheidenen Reform und hoffen, daß der Rechtsausschuß des Reichstages bald die Zeit findet, dieser Frage nachzutreten und sie in unserem Sinne zu lösen und gesündere Verhältnisse zu schaffen.“

Auch die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ öffnet ihre Spalten den Freunden der Ehescheidungsreform. Sie gibt einer Zuschrift des Landgerichtsdirektors Wachler Raum, der sich gleichfalls für die Einführung der objektiven Zerüttung als einen Scheidungsgrund einsetzt. Er führt aus:

„Die Regierung hat sich — wohl vorwiegend wegen des Widerstandes des Zentrums — gegen jede Eheform ablehnend verhalten. Das ist zu bedauern. Denn die Gründe für eine maßvolle Umgestaltung des Scheidungsrechts sind für jeden Kenner der Verhältnisse nicht von der Hand zu weisen. Und es fragt sich sehr, ob die Bestimmungen des geltenden Rechts nach dem Gefühlleben unserer Zeit entsprechen. Bezeichnenderweise kennen auch zahlreiche andere Staaten, u. a. die Schweiz, Dänemark, Norwegen und Schweden schon seit längerer Zeit die Ehescheidung auch ohne Verschulden eines Ehegatten an der Zerüttung, natürlich mit gewissen Bürgschaften gegen übereilte Ehescheidungen. Der Ruf nach einer Umgestaltung des Ehescheidungsrechts wird deshalb nicht verstummen, und die Regierung wird schließlich auf ihn hören müssen.“

Es ist bezeichnend, daß Fr. Clara Wende und Herr Wachler in ihrer Begründung mit den Argumenten operieren, die von der Sozialdemokratie schon seit Jahren angeführt, von den Vertretern der bürgerlichen Parteien bisher aber als nicht stichhaltig zurückgewiesen wurden. Wenn das Zentrum in dieser Frage aus religiösen Gründen eine Sonderstellung einnimmt, so ist das zu verstehen und zu würdigen. Aber auch diese Partei wird sich auf die Dauer dem Fluß des Lebens nicht widerlegen können und ein Ausgleich zwischen religiösem Dogma und den veränderten Verhältnissen des praktischen Lebens wird sich finden lassen, auch ohne das Dogma zu zerbrechen. Er ist geradezu ein Erfordernis der Reinhaltung moralischer Gesundheit.

Kein Affekt in Moskau. Nach einer Mitteilung der Berliner russischen Botschaft ist die Meldung eines Attentates auf den Volkskommissar für Inneres frei erfunden.

Ludendorffs Rolle im Kapp-Putsch.

Aus den Memoiren des Trebitsch-Lincoln. — Erich Lindström alias Ch. Newman.

Das Budapest Blatt „Magyarország“ fährt fort in der Veröffentlichung der Memoiren von Trebitsch-Lincoln. Diesmal befaßt sich der Hochkappler mit Ludendorffs ganz eigenartiger Rolle während und besonders nach dem mißlungenen Putsch.

Zu Beginn des Putsches, als alles wohlgeordnet zu sein schien, war Ludendorff ständig in der Reichsstanzlei anzutreffen. Trebitsch war allerdings sehr erstaunt, als er Ludendorff zum ersten Male sah, da dieser in Galauniform, in der Bracht all seiner Orden erschien. „Keinen einzigen Orden hatte er zu Haus gelassen“, bemerkt Trebitsch. Als aber die Sache kritisch zu werden begann, verließ er Ludendorff plötzlich. Er wohnte zunächst unter dem Namen Charles Newman in der Vittoriastraße. Hier suchte ihn Trebitsch im Einverständnis und Auftrage des Obersten Bauer auf und verlangte von ihm, daß er den Oberbefehl über die Truppen übernehme. Nun war Ludendorff gezwungen, sich abermals in die Reichsstanzlei zu begeben. In Anbetracht der trostlosen Lage verhielt er sich aber ganz untätig, er wollte sich nicht exponieren, überließ das Handeln den anderen. Er und Kapp waren dann auch die ersten, die sich, als alles verloren war, in Sicherheit brachten. Ludendorff begab sich vorläufig in seine Wohnung, wo er sich als Mr. Newman in Sicherheit fühlte. Trebitsch folgte ihm. Nun beauftragte er Trebitsch, zu Ehrhardt zu gehen, um ihn zu befragen, „ob Ehrhardt geneigt wäre, all seine Befehle durchzuführen, was es auch sei“. Ehrhardt antwortete bejahend. Hierauf verschaffte sich Trebitsch mit Hilfe eines Bankiers unter ausdrücklicher Bürgschaft Ludendorffs, der erklärte, daß der geliebte Betrag beim Gelingen der Sache zurückgezahlt werden solle, 5 Millionen Mark.

Nun war das zum Kriegführenden so notwendige Geld beisammen. Da geschah aber etwas Unerwartetes. Ludendorff überlegte sich das Ganze und suchte das Weite. Kapp stoch im Flugzeug nach Schweden, Ludendorff ging unbekannt wohin. Die Kosten dieses strategischen Rückzugs wurden, wie Trebitsch behauptet, aus der Kriegskasse gedeckt.

In Bayern, wo man sich unter Böhners Schutz ganz sicher fühlte, versuchten die aus Berlin hinausgeworfenen Kappisten die Reichswehrtruppen für ihre Ziele zu gewinnen, um in Sachsen einfallen zu können. Die Berliner Regierung erließ aber gegen sie Haftbefehle. Böhner sollte sie verhaften. Der aber machte nach Berlin, daß er nicht wisse, wo sich die Gefuchten befinden. Ja, er trieb das Spiel sogar so weit, daß er die Putschisten in ihrem Hotel aufsuchte und ihnen sagte: „Meine Herren, ich habe hier einige Schriftstücke, die Sie interessieren werden.“ Hierauf zeigte er ihnen lachend die Berliner Haftbefehle.

Ludendorff war inzwischen in der Nähe Rosenheims gelandet, wo ihn dann Trebitsch, der von Böhner mit falschen Pässen ausgestattet war, besuchte. Es folgte nun die Verlegung des putschistischen Hauptquartiers nach Budapest, und damit begann wieder ein neues Kapitel der Abenteuer.

Sowohl Lincoln-Trebitsch, der internationale jüdische Hochkappler und gute Kamerad Ludendorffs in den Kapp-Tagen. Die Verantwortung für seine Geschehnisse muß man ihm selbst überlassen.

Neuer Verteilungsschlüssel für Reichssteuern

Der Reichsrat wird, wie der Reichsdienst der deutschen Presse aus Reichsratskreisen hört, in der nächsten Zeit eine Denkschrift über die Neuverteilung von Reichssteuern zu behandeln haben. Es dreht sich hierbei um diejenigen Steuern, die nach der Kopfzahl der Bevölkerung auf die Länder verteilt werden. Hierunter fallen z. B. die eine Hälfte der Kraftfahrzeugsteuer u. a. Für die Verteilung dieser Steuer war bisher die Volkszählung von 1919 maßgebend, während jetzt die Ergebnisse der Jahrlung von 1925 verwertet werden. Die Verteilung wird recht erhebliche Verschiebungen mit sich führen. So wird in erster Linie Preußen seinen Anteil nicht unerheblich vergrößern. Die Verschiebungen beruhen teils auf dem größeren Bevölkerungszuwachs, teils darauf, daß im Jahre 1919 noch etwa 600 000 mobilisierte Mannschaften usw. an ihrem Wohnort nicht als ersonnenfähig mitgezählt waren.

Amendola.

Nach Maffocotti du! Es triumphiert Erneute Schande seiner Henkersknechte. Gemeiner Mob, verkommen und verriert, Steht für den schwarzen Herzog im Gefechte.

Die Freiheit klagt, Hohn wird Gerechtigkeit, Wo Dolche blühen, Peitschenblöße knallen. Italiens Volk schleppt namenloses Leid, Weil hingemuschelt seine Besten seien.

Und doch: Einst wird geföhnt verruchte Tat, Ihr habt euch nicht umsonst dahingegeben. Aus eurer Blute spricht der Freiheit Saat, Und euer Opfertot zeugt neues Leben.

h. d.

Pulsationen der Erde.

Wie in den „Astronomischen Nachrichten“ mitgeteilt wird, sind auf der Sternwarte in Neubabelsberg seit einer Reihe von Jahren Versuche angestellt worden, aus denen sich ein regelmäßiges Zusammenziehen und Wiederausdehnen der Erde ergeben soll; es soll jedoch nicht in gleichmäßiger Weise auf der ganzen Erde erfolgen, vielmehr vor allem in der Ebene des Äquators. Die Erdgröße, der von Pol zu Pol gehende Durchmesser, behält nach diesen Angaben seine Größe, die bekanntlich über 40 Kilometer, etwa den 300. Teil, geringer ist als der Äquatordurchmesser, unverändert bei, aber dieser und im geringeren Maße auch die Durchmesser der höheren Breitenkreise ziehen sich zusammen und dehnen sich wieder aus, und zwar ganz regelmäßig, genau wie Ebbe und Flut aufeinander folgen, so daß sie in ihrem Wechsel einmal ihre größte Ausdehnung und nach 6 Stunden die geringste Ausdehnung haben. Professor Couvoisier will diese Pulsationen der Erde, wie man solche regelmäßigen Ausdehnungen und Zusammenziehungen nennen könnte, durch eine ganze Reihe verschiedenartiger Wellungen festgestellt haben, vor allem durch solche über Verränderungen der Schwere. Beim Zusammenziehen nähert sich der Ort, auf dem wir uns gerade befinden, dem Mittelpunkt der Erde ein wenig, er ist dem Anziehungszentrum ein wenig näher, und deshalb muß die Schwere ein wenig zunehmen, nach sechs Stunden dagegen, wenn die Erde sich wieder ausgebreitet hat, muß die Schwere wieder geringer geworden sein, und so fort.

Aus seinen Beobachtungen zieht C. recht eigentümliche Schlüsse. Zunächst ist ja klar, daß der ständige Wechsel, mit dem die Verränderungen auf einander folgen, von der Drehung der Erde herrühren muß, daß also ohne diese Drehung der Äquatordurchmesser in der einen Richtung dauernd größer resp. kleiner sein müßte als in der dazu senkrechten Richtung. Diese Verschiedenheit der beiden aufeinander senkrechten Äquatordurchmesser soll nun eine Folge der Bewegung der Erde und zwar in der Richtung des kleineren Durchmessers sein. Die Zusammenziehung beträgt nach Couvoisiers Messungen 40 Meter, und hieraus folgert er, daß die Erde sich in der Richtung, in welcher die Zusammenziehung erfolgt, mit der ungeheuren Geschwindigkeit von 150 Kilometer in der Sekunde gradförmig

fortbewegt. Er glaubt also, eine Bewegung der Erde gegen den leeren Raum oder, wie er sich ausdrückt, gegen den Äther, festgestellt und gemessen zu haben, also eine Absolutbewegung der Erde.

Sollten die Resultate von Couvoisiers Messungen sich bestätigen, und sollte keine Deutung der Ergebnisse Anmerkungen finden, so würde dadurch das Lehrgebäude der Relativitätstheorie überflüssig werden, denn diese geht ja von der Annahme aus, daß eine absolute Bewegung, eine Bewegung relativ zum leeren Raum, unerkennbar bleiben muß. Bisher haben Vertreter dieser Lehre zu den neuen Versuchen sich noch nicht geäußert. Da es sich um allererste, an der Grenze der Wahrbarkeit liegende Größen handelt — die Verränderungen der Schwere sollen nur den 100 000. Teil, die Verränderung des Erddurchmessers nur den 300 000. Teil betragen — so sind Nachprüfungen jedenfalls notwendig.

Das Orientalische Museum in Konstantinopel. Im neuesten Heft der „Minerva-Zeitschrift“ gibt Professor Eckhard Unger, nach dessen Plänen die altorientalische Abteilung des Antikenmuseums in Konstantinopel neu aufgestellt worden ist, einen Ueberblick über die Bestände dieser vierten unter den großen nordorientalischen Sammlungen Europas, von denen allerdings die in Berlin erst ihrer Aufrechterhaltung aus den Kellern des Kaiser-Friedrich-Museums harri. Konstantinopel besitzt außerordentliche Schätze an sumerischen, akkadischen, babylonischen und assyrischen, aramäischen, altarmenischen und ägyptischen Kulturdenkmälern, mit seinen heitlichen und jüdischen Altertümern steht das Museum an erster Stelle, ebenso aber auch darin, daß es von Grund aus nach den neuesten Prinzipien und Erkenntnissen aufgestellt werden konnte. Die meisten Antiken und die besten Stücke der Sammlung stammen aus deutschen Ausgrabungen: von Ägypten in Assiut, Babylon, Sendschirli in Syrien, Boghastli in Kleinasien; auch die Amerikaner, Franzosen und Engländer haben Altertümer an das Museum abgegeben. Die ägyptischen, die altarmenischen, ein großer Teil der heitlichen Altertümer sowie eine Reihe von wertvollen Funden aus Mesopotamien sind von der türkischen Regierung selbst geschenkt worden. Die Aufnahme größerer Denkmäler in das Museum ist nach seiner Neuordnung nicht mehr geplant; die neuauftauchenden sollen in Angora gesammelt werden, wo ein „Ethnographisches Museum“ eingerichtet wird.

Ein Gemälde von Tizian, Giorgione und Sebastiano del Piombo gefunden? Die jüngste amerikanische Millionärsfamilie Detroit hat jetzt für ihr riesiges Museum, das der deutsche Kunstgelehrte Dr. Wilhelm R. Valentiner leitet, ein Gemälde aus der Galerie des früheren Großherzogs von Oldenburg erworben. Das Bild entstammt der berühmten Galerie der Grafen Schönborn in Pommersfelden, die 1876 in Paris verkauft wurde. Als es nach Amerika kam, wurde es gründlich gereinigt, und dabei kam auf der Rückseite der alten Leinwand eine Inschrift zutage; diese kennzeichnet die drei Figuren des Gemäldes als Arbeiten der drei Maler Giorgione, Tizian und Sebastiano del Piombo. Die Inschrift ist all. zeigt in den Namen den venezianischen Dialekt und stimmt vor allem überein mit dem sehr verschiedenen Stil der drei Figuren. Das Hauptfigurenbild zeigt nämlich links eine strahlende Blondine in weißer Seide (von Tizian) rechts eine brünette Schönheit in dunklem Gewande (von Sebastiano), in der Mitte aber einen edlen Mann in der Pelz-

schau, die sentimentaler Reizung des Kopfes (von Giorgione). Was die drei Figuren darstellen sollen, die Szene eines Dichters oder dergleichen, bleibt unklar. Offenbar aber haben die drei Künstler, die fast gleichzeitig waren und nach 1505 zusammen in der Werkstatt des alten Bellini arbeiteten, hier gemeinsam etwas geschaffen. Schon früher ist das Bild immer wieder einem der drei Maler zugewiesen worden, und das Vorhandensein mehrerer alter Kopien nach dem Werke spricht dafür, daß schon in alter Zeit das Gemälde berühmt war. Auch die Berliner Museen besitzen eine derartige Kopie. Zu bedauern aber bleibt, daß dieses Bild aus der Glanzzeit der Kunst Benedigs erst in Amerika zu Ehren kommt, nachdem es so lange zum deutschen Kunstbesitz gehörte.

Die älteste Oper der Welt. In Benehja in Ägypten wurde kürzlich ein Mimodrama in Opernform gefunden, das aus der griechisch-römischen Zeit, aus dem 2. Jahrhundert nach Christus, stammt. Das Mimodrama erlebte damals eine blühende Zeit. Die Aufführung eines Teiles eines Librettos bestätigt diese Annahme. Der dänische Gelehrte Dr. Egili-Rostrup behauptet in seinen Mitteilungen an die dänische Akademie der Wissenschaften, daß der Fund einen Teil eines Buches betrifft, das der Regisseur bereits für eine Aufführung eingerichtet hatte. Es enthält ein breit angelegtes Drama, das die Wirtinwirkung von 17 Spielern erforderte.

Körbe, die 7000 Jahre alt sind. Die englische archäologische Expedition, die nach Werkzeugen der Steinzeit im nördlichen Fojum sucht, hat eine sehr interessante Entdeckung gemacht. Wie aus Kairo berichtet wird, wurden in der sogenannten Ghindi-Senkung, die etwa 15 Kilometer nördlich von den bewohnten Gebieten in der libanischen Wüste liegt, mehr als 20 Körbe und einige Urnen ausgegraben. Die Körbe sind aus Weizenstroh gearbeitet, und ein Korb enthielt noch vom Alter geschwärzte Weizen; in einem anderen fand sich eine hölzerne Schale mit drei Feuersteinen. Die Körbe gehören zweifellos dem libanischen Steinzeitalter an, in dem die Ghindi-Senkung eine Reihe von Lagunen war. Sie wurden auf einer der kleineren Klippen dieser ehemaligen Lagunen gefunden, und zwar war jeder Korb in ein Loch eingebettet, das zu diesem Zweck in den Felsen gehauen war. Die Körbe sind gut erhalten. Ihr Alter wird auf wenigstens 5000 v. Chr. geschätzt, und sie sind daher um 2000 Jahre älter, als die ältesten bisher bekannten.

Teilschöne. Theater am Börsenplatz. Wegen der heißen Temperaturen „Karlshof“ bleibt in den „Loren“ im Theater am Schützenbaum und „Kunst“ im Theater am Börsenplatz nur eine Umdrehung der ersten beiden „Sturmwut“-Aufführungen eintreten. Die nächste Aufführung ist die 25. Sie findet noch in der ersten Hälfte des Monats April statt.

Genß Friedrich spricht zum letztenmal. „Die Wandlung“ von Ernst Toller am Sonntag, dem 11. abends 6 Uhr, im Antikriegsmuseum, Parochialstr. 29.

In der Kunstausstellung „Der Sturm“, Volkshaus Strasse 134a ist ein Lesesaal mit vierzig ausländischen literarischen und Kunstschriftchen eröffnet worden. Die Ausstellung ist täglich von 10-6, Sonntags von 11 bis 3 Uhr geöffnet.

Gegen Karl Judmayer, den Dichter des „Fröhlichen Weinberg“, wurde, einer klandestinen Meldung zufolge, wegen eines Gedichtes, das er in einer klandestinen Zeitung veröffentlichte, ein Strafverfahren wegen Sittlichkeitsverletzung eingeleitet.

Die Kundgebungen der Freidenker.

Die „Freigeistige Woche“ fand gestern abend durch sieben außerordentlich gut besuchte öffentliche Kundgebungen, die in der Neuen Welt, Thorsstraße, Roabiter Gesellschaftshaus und anderen großen Sälen abgehalten wurden, ihren Abschluß. Die Referenten, die zu dem Thema „Kulturkampf der Freidenker“ sprachen, fanden überall stürmische Zustimmung. In den Bruchstücken „Zum Märchenbrunnen“ am Friedrichshain sprachen die Genossen Löwenstein, Sievers, und Rasser, Wien. Genosse Löwenstein zeigte den Vorkampf der Kulturreaktion, der sich besonders deutlich in der Annahme des Konfessionsgesetzes in Bayern manifestiert. Wenn die Freidenker und alle, die den Aufstieg der Menschheit aus den dunklen Nächten der Vergangenheit wollen, nicht auf den Kosten der Religion, wird im ganzen Reich wieder das alte Verhältnis zwischen Staat und Kirche hergestellt werden. — Genosse Rasser, Wien, führte eine Reihe von Beispielen an, die zeigen, wie schwer es für die österreichische Freidenkerbewegung ist, in dem katholisierten Oesterreich Aufklärungsarbeit im Sinne der freigeistigen Bewegung zu leisten. Trotzdem zählt der Freidenkerverein bereits 80 000 Mitglieder und der Verein für Feuerbeziehung 56 000. Sei auch die Arbeit außerordentlich schwer, so sehe man doch immerhin schon den aufsteigenden Anfang. In Wien beträgt die Zahl der Kirchenmitglieder 80 000. — Genosse Sievers gab eine Uebersicht über die Arbeit des Kongresses, führte die Verbände an, die den Kongress befehligt haben, und skizzierte ihre Programme. Diese seien durchaus nicht einheitlich, aber darin seien sie trotz der Verschiedenheit der Programme einer Meinung, daß der Kampf gegen die Kulturreaktion mit aller Schärfe geführt werden müsse. Die protestantische Freidenkerbewegung steht auf dem Standpunkt, daß dieser Kampf ein politischer sein muß. So lange die Kirche noch eine Macht im Staate ist, durch ihre Organisation überall Einfluß hat, so lange ist Religion keine Privatangelegenheit, sondern eine wichtige politische Angelegenheit.

Schweres Autounglück bei Cladow.

Fünf Personen verletzt.

Auf der Rückkehr von einer Hochzeitsfeier sind in der vergangenen Nacht der Gastwirt Alfred Holbach aus der Breite Straße 34 zu Spandau und dessen Ehefrau Marie, der Kaufmann Wilhelm Stephan und seine Frau Helene aus der Bergstraße zu Spandau und der Schneider Max Voebell aus der Seeburgerstraße zu Spandau schwer verunglückt.

In Cladow feierte gestern die jüngste Tochter der Frau Holbach, der Inhaberin des vielen Ausflüglern bekannten „Seglerheims“ am Beckwerk in Cladow, Hochzeit. An der Feier nahmen der Bruder der Braut, Alfred Holbach mit seiner Frau und die anderen Genannten teil. Zur Heimfahrt ließen sich diese aus Spandau ein Auto kommen, das von dem Chauffeur Arno Schulz aus der Jägerstraße 3 in Berlin gesteuert wurde. Neben Schulz saß der Monteur Horst Lichtenstein aus der Seefeldstraße zu Spandau. Schulz war des Weges wohl nicht ganz kundig und fuhr trotzdem sehr schnell die Cladow-Gatower Chaussee hinunter. Am Jaco-Berg in der Nähe eines Abflughubens geriet er auf den Sommerweg und verlor die Gewalt über den Wagen. Die Vorderräder stellten sich quer und pflügten 30 Meter lang den Sommerweg auf. Der Wagen überschlug sich und ging in Trümmer. Schulz und Lichtenstein kamen unversehrt davon, die übrigen Insassen wurden schwer verletzt. Die Spandauer Kriminalpolizei fuhr mit einem Rettungswagen hinaus und brachte die Verletzten nach dem Krankenhaus in Spandau. Der Chauffeur Schulz, den anscheinend die ganze Schuld trifft, weil er übermäßig schnell gefahren ist, wurde vorläufig festgenommen.

Eine Liebestragödie.

Eine Liebestragödie beschäftigt die Kriminalpolizei. Der 29 Jahre alte aus St. Gallen gebürtige Ingenieur Otto Delamann, der sich schon länger in Berlin aufhielt und jetzt in der Grobherrenstraße wohnte, stieg vorgestern mit der Wählerin Johanna Keil aus Oberswalde, die er für seine Frau ausgab, in einem Hotel in der Dorothienstraße ab. Die beiden hatten aus noch nicht geklärt Veranlassung beschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Delamann öffnete dem Mädchen, als es noch im Bett lag, eine Pulsader mit einem Rasiermesser. Nachdem es die Bewußtlosigkeit verloren hatte, glaubte er wohl, daß es tot sei und versuchte nun, sich selbst auf die gleiche Art das Leben zu nehmen. Daraus nahm er jedoch aus irgendeinem Grunde Abstand, nachdem er sich eine geringfügige Verletzung beigebracht hatte. Mit der Angabe, daß er sich Zigaretten holen wolle, verließ er das Hotel, kam jedoch nicht wieder. Eine Bekannte, die Fräulein Keil vormittags im Hotel besuchen wollte, fand sie in dem blutbefleckten Bett liegen. Sie schlug Alarm, und die Schwerverletzte, die noch Lebenszeichen von sich gab, wurde nach der Klinik in der Siegestraße gebracht. Delamann war unterdessen, wie festgestellt wurde, nach Lantmich hinausgefahren, von dort ging er die Schienen entlang nach Berlin zurück und ließ sich zwischen Südde und Papestraße von einem Zollener Borortzug überfahren. Der Lokomotivführer des nächsten Zuges fand ihn abends 8 1/2 Uhr regungslos zwischen dem Bahndamm und Jahn liegen, hielt den Zug an, brachte den Schwerverletzten in ein Abteil, nahm ihn nach Berlin mit und ließ ihn nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen, wo er im Laufe der Nacht seinen Verletzungen erlag.

Die Hakenkreuzler von Gransee.

Wir haben bereits über die Ausschreitungen von Wälfischen in Gransee berichtet. Ein Leser teilt uns hierzu noch folgenden Einzelteil mit: „Am Ostermontag zog ein Trupp von Hakenkreuzlern durch die Hauptstraße von Gransee. Er machte vor dem Laden des Genossen Müller halt. Was man beobachtete, darf aus den Aufzeichnungen geschlossen werden, die Müller am Tage vorher zu hören bekommen hatte. Junge Menschen ohne Bart gaben vor, sich raufieren zu lassen. Frau Müller vermehrte ihnen den Eintritt. Darauf nahm der Fahnenführer seine Fahnenstange, eine richtige Wälfischstange, und ließ durch das Schaufenster in den Laden hinein. Glücklicherweise war der Stuhl am Fenster im Augenblick unbesetzt. Genosse Müller, der noch beim Ankleiden war, wurde von dem Vorfall durch seine Frau benachrichtigt. Er eilte zur Landjägerrei und alarmierte auch das Reichsbanner. So gelang es, dieses Gefindels habhaft zu werden und dem Polizeigewahrsam zuführen. Beim Herannahen der Landjäger und des Reichsbanners entledigten sich die Buben schnell ihrer Waffen, wie Revolver, Dolche, Taschenmesser usw., die aber zum Teil wieder gefunden wurden. Inermüdet darf nicht das unerschrockene Verhalten der Granseer Polizei gelassen werden. Genosse Müller habe sie auf die Drohungen vom Sonnabend aufmerksam gemacht. Sie aber unterließ jede Vorsichtsmaßregel und nur dadurch konnte der Ueberfall ausgeführt werden.“

Beisprechung der Jurjewskaja in Andermat.

Herr von Bremer, der Gatte der Frau Jurjewskaja, ist am gestrigen Donnerstag in Andermat eingetroffen, um dort die nötigen Vorbereitungen für die Beisprechung der ausgefundenen Leiche zu treffen. Die zuerst beschlossene Ueberführung und Einäscherung in Berlin konnte nicht erfolgen, weil der Zustand der Leiche einen längeren Transport nicht mehr zugelassen hätte. Es wurde deshalb die Beisprechung in Andermat angedeutet, die inzwischen in Andermat nur in Anwesenheit des Gatten der Künstlerin stattgefunden hat.

Ein Dachstuhlbrand in dem Hause Spreestraße 11 beschloß heute vormittag längere Zeit 2 Löscharbeiten der Berliner Feuerwehr. Das Feuer wurde um 11 10 Uhr von Hausbewohnern bemerkt. Nach etwa einundzwanzig Wassergehen war die Hauptgefahr

beseitigt. Der größte Teil des Dachstuhls konnte durch das überaus schnelle Eingreifen der Wehr gerettet werden. Als Entstehungsurache wird Unachtsamkeit vermutet.

Raubmord oder Unglücksfall? Die jeßame Postkarte.

Unter verdächtigen Umständen ist der Zigarrengroßhändler Gerhard Barjisch aus der Köpenicker Str. 25 zu Friedrichshagen um das Leben gekommen. Barjisch ging am Mittwoch von Hause weg, um auf dem Finanzamt rückständige Steuern zu bezahlen. Er nahm etwa 2000 M. mit, erschien aber nicht auf dem Finanzamt, dagegen suchte er in Berlin Kunden auf und zog bei ihnen noch weitere Gelder ein, so daß er im ganzen etwas über 3000 M. bei sich gehabt haben muß.

Vom Hauptpostamt in der Spandauer Straße sandte er seinem Sohn, der in seinem Geschäft in Friedrichshagen tätig ist, eine Postkarte, auf der er ihm mitteilte, daß er bei der Kundenschaft Geld eingezogen habe, um das Konto zu Hause auf dem laufenden zu halten. Es ist das erfindlich, daß er eine derartige Mitteilung machte, die darum auch Verwunderung hervorrief. Die jeßame Karte traf heute früh in Friedrichshagen ein. Kurz vorher war Barjisch in Oberhavelnsee bei der Höhe des „Spreeschloßchens“ nicht bei der Siegestraße des Reichswasserfchusses als Leiche aus der Spree gefandelt worden. Von dem Gelde wurde nichts mehr bei ihm gefunden, ebenso fehlt die goldene Uhr. Den Leichnam hatte der Tode nach auf dem Finger. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in Oberhavelnsee gebracht. Mitteilungen zur Auffklärung nimmt die Kriminalpolizei des Polizeiamts Treptow und des Reiners 233 entgegen. Wer etwas über den Aufenthalt des Großhändlers am vorgestrigen und gestrigen Tage und über den Verbleib des Geldes weiß, wird ersucht, sich dort zu melden.

Einsturz einer Holzbrücke. Die Holzbrücke über den neu zu erbauenden Ableitungskanal in der Breiten Straße (Schloßplatz) ist kurz vor 7 Uhr abends eingestürzt. Da in diesem Augenblick der Berthier etwas nachgelassen hatte, konnte größeres Unglück verhütet werden. Es ist niemand zu Schaden gekommen. Der Berthier mußte umgeleitet werden.

In die Spree gefallen. Der 10jährige Schüler Hermann Seimann aus der Grenadierstraße 15 fiel beim Spielen in der Ueberfahrstraße am Ronbispfahlgang in die Spree, wurde aber von einem Passanten gerettet und in das Hedwigskrankenhaus gebracht.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die Freunde internationaler Kleinarbeit. Englische Arbeiter und wirliche Fortschrittler nehmen noch einige Genossen und Genossinnen auf. Mitgliedsbuch legitimiert. Unkostenbeitrag 1 M. wöchentlich. Der Anführer - Brief tag ab Freitag, den 9. April, von 7 1/2 bis 10 Uhr im Zweigbüro des S. B. K. Kommanbantentrags 63/64. Unterrichtet wird nach der direkten Methode, d. h. man erlernt die Fremdsprache wie die Muttersprache; es wird nur englisch gesprochen. Am Kursabend kann jeder Teilnehmer auf Wunsch Abstellen englischer Genossen gemacht werden. Die Teilnahme durch die „Freunde internationaler Kleinarbeit“, Geschäftsstelle Genosse Dr. Varg, W. 21, Stromstraße 58, erhalten. Gegenwärtige Besuche sind auch in Aussicht genommen. Der Brief für Mitgliedschaft ist auch in Aussicht genommen. Der Brief für Mitgliedschaft ist auch in Aussicht genommen. Der Brief für Mitgliedschaft ist auch in Aussicht genommen.

Der Deutsche sozialistische Studentenbund läßt am Sonnabend, 10. April, nachmittags 5 Uhr, im Lesing-Waerum, Erberstraße 12, unter dem Titel „Der Bürger“ Dichtungen von Gogol, Gide, Dostojewski u. a. lesen. Eintritt frei!

Die Schiene auf dem Gleise.

Anschlag auf den D-Zug Berlin-München.

Gestern abend wurde ein Anschlag auf den Berlin-Münchener Schnellzug, der fahrplanmäßig um 10 Uhr 40 Minuten abends in München eintrifft, verübt, indem von verdächtigten Händen eine Eisenbahnschiene über das Gleis gelegt wurde. Es gelang dem Lokomotivführer, den Zug kurz vor dem Hindernis zum Halten zu bringen; doch wurden die Räder der Lokomotive beschädigt. Der Zug konnte erst nach zweistündiger Verpätung in München eintreffen.

Amundsen verschiebt die Abreise. Wegen ungünstiger Bitterung ist die Abreise des Nordpolflugschiffes „Norge“ im letzten Augenblick bis auf weiteres verschoben worden.

Sport.

16. Berliner Sechstagerrennen.

Nur zwei Spitzenpaare!

Als gestern abend der Gongschlag um 11 Uhr den Beginn der ersten Wertung anzeigte, hatte sich das Besucherfeld nur wenig geändert. Die Sensationen, die um Mitternacht eintraten, lassen jedoch vermuten, daß die Halle am Kaiserdamm heute auf starken Zuzug rechnen kann.

In der ersten Stunde hatte das Feld 41 610 Kilometer zurückgelegt. Die sechs Spurts brachten folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Louet vor Standeert, Häufler und Junge. 2. Spurt: 1. Sergent vor Hahn, Hürigen und Saldow. 3. Spurt: 1. Louet vor Junge, Bauer und Häufler. 4. Spurt: 1. Knappe vor Beckmann, Sergent und Gottfried. 5. Spurt: 1. Louet vor Frederik, Rieger und Eaton. 6. Spurt: 1. Gottfried vor Behrend, Sergent und Hahn. — Die meisten Punkte holte sich bei dieser Wertung die französische Mannschaft Louet-Sergent. Belegte doch Louet allein dreimal den ersten Platz. Emari-Binda, Koch-Miethe und Pohl-Martin mußten ohne Punktgewinn ausgeben.

Stand des Rennens nach der 1. Wertung: 1. Louet-Sergent 24, 2. Gottfried-Junge 10, 3. Standeert-Hahn 7, 4. Knappe-Rieger 7, 5. Beckmann-Eaton 4, 6. Frederik-Berenz 3, 7. Langardt-Behrendt 3, 8. Dobe-Häufler 3, 9. Bunjes-Bauer 2, 10. Rühloff-Hürigen 2, 11. Debaeis-Saldow 1, 12. Emari-Binda 0, 13. Koch-Miethe 0, 14. Pohl-Martin 0 Punkte.

Weiter untreiben die Fahrer die Bahn. Hahn will losgehen, muß aber bald das Vorhaben aufgeben. Etwas eine halbe Stunde nach Mitternacht zieht Miethe los. Junge hinterher und im nächsten Augenblick ist die den ganzen Abend fehlende Sechstagerwertung herorgezaubert. Miethe's Partner Koch und Junge's Partner Gottfried sind auf dem Posten und vergrößern den gewonnenen Vorsprung so, bis sie das ganze Feld über-rundet haben.

Bei der Zweihundertwertung.

gibt es einige Jagden zu sehen, die zuerst von Saldow und später von Bunjes — allerdings ohne Erfolg — entseht werden. Nach Beendigung der Wertung, die fabelhafte Glanzstücke des Franzosen Louet zeigte, hatte sich folgender Stand des Rennens ergeben: 1. Gottfried-Junge 17, 2. Koch-Miethe 6 Punkte. Eine Runde zurück: 3. Sergent-Louet 62, 4. Beckmann-Eaton 10, 5. Frederik-Berenz 13, 6. Knappe-Rieger 14, 7. Standeert-Hahn 10, 8. Emari-Binda 8, 9. Bunjes-Bauer 7, 10. Pohl-Martin 7, 11. Rühloff-Hürigen 4, 12. Langardt-Behrendt 4, 13. Debaeis-Saldow 3 Punkte. Zwei Runden zurück: 14. Dobe-Häufler 6 Punkte. (Eine Runde bisher zurück, dazu eine Strafrunde wegen schlechter Abisung!) Mehrere Rauschfahrten erhielten eine Verwarnung! Bis zur Neutralisation des Rennens — sie währt von 6 bis 12 Uhr vor-mittags — hatte das Feld 309,250 Kilometer bedacht.

Gewerkschaftsbewegung

Der englische Bergbaukonflikt. Seine Ursachen und Wirkungen.

Eine eingehende Darstellung des Konflikts im englischen Bergbau, der Ende April durch Ablauf der staatlichen Subvention an die Zechenbesitzer akut wird, veröffentlicht die „Bergarbeiter-Zeitung“ aus der Feder des Genossen Frank Hodges, Sekretär der internationalen Föderation der Bergarbeiter, die wir auszugeweihe benutzen.

Bekanntlich hatte die englische Regierung eine Kommission eingesetzt zur Untersuchung über den Bergbau. Die Kommission machte hauptsächlich folgende Vorschläge:

Der Staat wird die sogenannten „Royalities“, d. h. die Rechte der Grundbesitzer auf die unter ihren Ländereien gelegene Kohle, zu einem Preise von 100 000 000 Pfund Sterling (2 Milliarden Mark) zurückkaufen.

Die Zusammenfassung zahlreicher kleiner Zechen ist wünschenswert und möglich. In Fällen, wo diese Zusammenfassung wegen übertriebener Forderungen der betroffenen Parteien erschwert wird, soll zur zwangsweisen Fusion übergegangen werden.

Es soll eine systematischere Zusammenarbeit der Kohlenindustrie mit verwandten Gewerben, wie der Elektrizitäts- und Gasindustrie sowie dem Transportgewerbe usw. in die Wege geleitet werden.

Schaffung eines nationalen Komitees für Brennstoffe und Kraftgewinnung. Förderung technischer Forschungen seitens des Staates.

Sowohl im Interesse des inländischen Konsums als auch des Exports soll im Verlauf der Kohle in verschiedenen Gruppen eine Zusammenarbeit herbeigeführt werden, und zwar voraussichtlich nach dem Muster der deutschen Kohlenindustrie.

Der gegenwärtige Arbeitstag, d. h. 7 1/2 Stunden unter Tage, soll beibehalten werden, und zwar in der Weise, daß die Arbeitsstunden der ganzen Woche auf 5 anstatt auf 6 Tage verteilt werden.

Einführung von Familienzulagen auf nationaler Basis oder in den einzelnen Distrikten. Der Staat soll den Bergarbeitern durch Herausgabe von Aktien eine Gewinnbeteiligung garantieren. Sobald die Gruben wieder Gewinne erzielen, sollen bezahlte Aktien eingeführt werden.

Das gegenwärtig in Kraft stehende Prinzip der Festlegung der Löhne auf nationaler Basis hat sich bewährt, es muß jedoch durch örtliche Uebersichtnahmen, die vom nationalen Lohnamt gutzuheißen sind, ergänzt werden. Die Kommission empfiehlt in diesem Zusammenhang die zeitweilige Herabsetzung der Minimallohne in jedem Distrikt unter die im Jahre 1924 festgesetzten Sätze. Selbst wenn die Löhne in dieser Weise herabgesetzt werden, werden die Bergarbeiter noch in keinem Distrikt angemessene Gewinne und in den meisten Distrikten sogar überhaupt keine Gewinne erzielen. Falls die Bergarbeiter eine gewisse Verlängerung der Arbeitszeit unter geringerer Herabsetzung der Löhne vorziehen, so wird das Parlament ohne Zweifel bereit sein, diese Maßnahme zu bewilligen. Die Kommission hofft jedoch, daß ein solcher Schritt nicht nötig sein wird.

Der Standpunkt der Bergarbeiter.

Folgendes sind die Punkte, an welchen die Mitglieder der Bergarbeiterinternationale unmittelbar interessiert sind:

Die Einstellung der Subvention. Die Ablehnung des Planes betr. die Verstaatlichung der Gruben. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit. Der Plan betr. die einheitliche Organisation des Kohlenexports.

Die Subvention wurde im August 1925 beschlossen, um den Grubenbesitzern die Bezahlung der im Lohnabkommen des Jahres 1924 festgesetzten Löhne zu ermöglichen. Bis zum Januar 1926 zahlte die Regierung insgesamt über 15 Millionen Pfund Sterling an Subventionen, d. h. 2 Schilling 6 Pence für jede geförderte Tonne Kohle oder 17 Proz. des Preises ab Zechen. Wahrscheinlich wird die Gesamtsumme bis Ende April die Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling erreichen.

Durch die Subvention wurde die Herabsetzung der Exportpreise für Kohlenendungen nach Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland möglich.

Von internationalen Gesichtspunkten aus ist diese Methode der Gewinnung von Märkten schlecht und sie muß beurteilt werden.

Was die Verstaatlichung der Gruben betrifft, so lehnte die Kommission den von der Britischen Bergarbeiterföderation unterbreiteten Plan unter dem Vorwand ab, daß er undurchführbar sei. Die Kommission gab jedoch zu, daß die Gründe, die die Bergarbeiter zur Aufstellung des Planes bewegen, richtig seien, d. h. daß die rationellste Organisation der Produktion und die Erweiterung des Einflusses der Bergarbeiter in der Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen angestrebt werden müssen. Diese Ziele können jedoch nach Ansicht der Kommission erreicht werden, ohne daß es nötig ist, sich auf die weitgehende und unsichtbare Operation der Nationalisierung einzulassen.

Auf dem Gebiete der Arbeitszeit wurde eine eingehende Erhebung über die Arbeitsstunden der Bergarbeiter über und unter Tage in allen kohlenproduzierenden Ländern der Welt vorgenommen. Danach beträgt die Arbeitszeit in England, Frankreich und Belgien 7 1/2 Stunden täglich, in Holland und Deutschland (Ruhrgebiet) 8, in Österreich 8 1/2, in der Tschechoslowakei 7 1/2 bis 8 Stunden.

Bei näherer Prüfung zeigte es sich, daß die Annahme des Vorschlages der Grubenbesitzer bedeuten würde, daß die britischen Bergarbeiter eine halbe bis eine Stunde länger als alle Bergarbeiter Europas — mit Ausnahme Österreichs — zu arbeiten hätten. Aus diesem Grunde trat die Kommission für die Aufrechterhaltung der jetzigen Arbeitszeit ein. Die internationale Bergarbeiterföderation steht auf dem Standpunkt der Einführung einer einheitlichen Stundenzahl in allen Ländern auf Grund der Arbeitszeit des am besten gestellten Landes. Wenn die Subvention eingestellt wird und die Industrie auf sich selbst angewiesen ist, so wird die Lage der Bergarbeiter Großbritanniens ungünstig sein, wenn sie gezwungen sind, mit einem Land, wie z. B. Deutschland und speziell mit Österreich, auf dem Exportmarkt zu konkurrieren und die Arbeitszeit in diesen Kohlengebieten die gleiche bleibt wie jetzt.

Internationale Kontrolle ist das einzige Heilmittel gegen Ueberproduktion. Großbritannien kann keinen dauernden Gewinn daraus ziehen, wenn es versucht, Deutschland und Polen vom Weltmarkt fernzuhalten und die Preise zu drücken. Eine derartige Politik ist ungünstig für die Bergarbeiter aller Länder. Wie alle anderen Länder — und vielleicht in noch höherem Maße — benötigt Großbritannien Stabilität im Exporthandel. Sehr Großbritannien auf den Gedanken eines internationalen Kontrollkomitees ein, so wäre dies einer der wichtigsten Schritte in der Herbeiführung der Stabilität. Ueberall, wo Kohle verkauft wird, soll ein wirtschaftlicher Preis dafür bezahlt werden, sowohl im Interesse des Lohnes der in der Industrie beschäftigten Arbeiter als auch angemessener Gewinne für den Ausbau der Industrie. Die Fortsetzung des gegenwärtigen Kampfes auf dem Weltmarkt wird den Ruin aller bedeuten.

London, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeitererziehung beschloß am Donnerstag, nicht wie ursprünglich verlautete, die Vorschläge der Bergbauindustriellen direkt abzulehnen, sondern ihren endgültigen Beschluß über Annahme oder Ablehnung vorläufig noch aussetzen zu lassen und von den Unternehmern zunächst eine eindeutige Erklärung über den Sinn ihrer mit Hinblick auf die zukünftige Lohnregelung und Reorganisation der Industrie gemachten Vorschläge zu fordern. Von dieser Erklärung der Unternehmer dürfte der Ausgang der Krise in entscheidendem Maße abhängen.

